

7/XI. 1917

(Die Landwirte und die Steuervorlagen.) Die volkswirtschaftliche Sektion des Landes-Agrikulturreins verhandelte heute die neuen Steuervorlagen. Der Vorsitzende Josef Emödy gab zu, daß die durch den Krieg verursachten Lasten unbedingt auf alle Erwerbsklassen verteilt werden müssen, doch meinte er, daß den Landwirten allzu hohe Lasten auferlegt werden, nur weil die Erträge der landwirtschaftlichen Produktion sich leichter ermitteln lassen. Dagegen müsse man protestieren. Referent Julius v. Rubinek bedauert, daß die Steuervorlagen den Interessenvertretungen nicht im Vorhinein bekanntgegeben wurden. Die Landwirte verschließen sich im Prinzip den Steuererhöhungen nicht, hinsichtlich der Durchführung der Erhöhung hegen sie jedoch ernste Bedenken. Es sei notwendig, die Geltungsdauer der neuen Steuergesetze an einen Termin zu binden, damit die Regierung zur Schaffung einer einheitlichen Steuerpolitik gezwungen werde. Auch wäre es richtiger, die Kriegslasten in der Weise zu amortisieren, daß eine durch eine bestimmte Zeit zu zahlende Vermögenssteuer ausgeworfen werde, die Einkommensteuer aber bis zur Grenze des steuerfreien Minimums auf alle Steuersubjekte erstreckt werde. Der Referent urgirt sodann Begünstigungen für Familien mit vielen Kindern; ferner wünscht er, daß Wertabschreibungen von solchen Immobilien zugelassen werden sollen, die während des Krieges erworben wurden. Der sechzigprozentige Kriegszuschlag soll auch die Hauszinssteuer und die Spareinlagen belasten. Der Referent legt sodann eine in diesem Sinne verfaßte Resolution vor und beantragte, diese den Ministerien für Finanzen und Ackerbau zu unterbreiten. An der Debatte nahmen Nikolaz Ostroluczky, Leo Hammerberg, Eugen Gaál, Adolf Weltmann, Karl Greff und Stefan Bernáth teil. Der letztere schlug die Erhöhung der Börsensteuer sowie eine Besteuerung der Kapitalerhöhungen der Aktiengesellschaften vor. Sodann wurde die Resolution angenommen.